

Zur Eröffnung des FDJ-Schuljahres

Das gründliche Studium der Geschichte ermöglicht Meisterung heutiger Aufgaben

Als im Jahre 1966 mit dem System der marxistisch-leninistischen Propaganda der FDJ in unserer Republik begonnen wurde, wettete die Monopolpresse Westdeutschlands gegen dieses Vorhaben. Mit großem Unbehagen wurde dort das System der marxistisch-leninistischen Propaganda aufgenommen. Die Klassengegner verstanden, daß eine systematische marxistisch-leninistische Schulung ihre Chancen für die Beeinflussung der Jugend der DDR im Sinne der imperialistischen Ideologie verringern würde. Deshalb verunglimpften sie unser Propagandasystem und sparten dabei nicht mit bösen Worten.

In dem vergangenen Jahr sind wir bei der Durchsetzung des Propagandasystems an der Universität mit Vorangkommen. An allen Fakultäten und Grundorganisationsstellen arbeitete Zirkel zum Studium der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (Bd. 6). Damit wurde der Grundstein für ein systematisches Studium der Lehren der V. Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gelegt. In diesem Jahr 1967/68 wird unsere FDJ-Schuljahr in vier Stufen durchgeführt.

Es sind dies die Zirkel junger Sozialisten zum Studium der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 6; zum Studium der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 7; zum Studium des Kommunistischen Manifestes und des marxistischen Kolloquiums zu Problemen des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus.

Die Einstufung der Mitglieder der FDJ in die jeweiligen Studienformen ist in der ersten Mitgliederversammlung erfolgt. Im vergangenen Jahr zeigten sich einige Mängel bei der Verwirklichung des Propagandasystems der FDJ. Eine Ursache dieser Schwächen lag im ungenügenden Verantwortungsbewußtsein der FDJ-Mitglieder und -Funktionäre für das FDJ-Schuljahr. Es gab Freunde, die keine Klarheit darüber hatten, warum das Studium des Marxismus-Leninismus und die Aneignung der Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus, speziell der grundlegenden Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die ureigenste Angelegenheit jedes FDJ-Mitgliedes ist.

Die Bevölkerung der DDR steht vor der Bewältigung einer historischen Aufgabe, die das Profil des sozialistischen Deutschland entscheidend mitbestimmen wird. Es geht um die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR.

Sprechen wir heute vom entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus, dann verstehen wir darunter nicht nur die Herausbildung des sozialistischen Charakters bei einzelnen Elementen des Systems, wie dem Staat, dem Eigentum und verschiedenen Bereichen

des gesellschaftlichen Bewußtseins, sondern meinen, daß alle Bestandteile des Gesellschaftssystems, so auch die Beziehungen zwischen Individuum und Gesellschaft, sozialistische Gestalt annehmen.

Betrachten wir die Errichtung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus unter diesem Gesichtspunkt, dann ergibt sich daraus, daß jeder einzelne mitverantwortlich für die Durchsetzung dieser Aufgabe ist. Das heißt, die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ist eine Angelegenheit jedes einzelnen Bürger, weil jeder Staatsbürger für das Volk und damit für sich selbst arbeitet.

Unsere Aufgabe als FDJ-Studienten besteht darin, alle gegebenen Möglichkeiten zur Aneignung der Wissenschaft zum Nutzen des Volkes auszuschöpfen und uns durch Erziehung und Selbsterziehung zu leidenschaftlichen Kämpfern für die Ideale des Sozialismus zu formen. Wir müssen uns die moralischen Eigenschaften der Arbeiterklasse aneignen, wie „Treue zu den sozialistischen Idealen, Standhaftigkeit, Mut, Bescheidenheit, Verbundenheit mit dem Volk, Siegesgewißheit, Treue zur Partei, unauslöschlicher Haß gegen die Feinde des Volkes, Freundschaft zur Sowjetunion und zu den sozialistischen Bruderländern, solidarische Verbundenheit mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern der ganzen Welt“ (Grundschriften Walter Ulbrichts an das VIII. Parlament der FDJ).

Diese moralischen Eigenschaften müssen gepaart sein mit einem hohen Klassen- und Verantwortungsbewußtsein für die Belange der sozialistischen Gesellschaft. Bei der Bildung dieses sozialistischen Bewußtseins spielt das FDJ-Schuljahr eine große Rolle.

Einige Freunde, das soll nicht verdrängt werden, unterschätzen das Studium der Erfahrungen der revolutionären Kämpfer bei der Errichtung der politischen Macht in einem Teil Deutschlands. Das Studium der wichtigsten Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist eine wesentliche Voraussetzung für das bewußte Verstehen der gegenwärtigen Politik unserer Partei und des sozialistischen Jugendverbandes der DDR.

Zugleich ist es auch Bestandteil und Grundlage für das Zukunftssdenken der Menschen.

In den vergangenen zwanzig Jahren hat sich in der DDR ein Staatsethos herausgebildet, das Teil des sozialistischen Staatsbewußtseins ist.

Das Staatsethos des Arbeiter- und Bauern-Staates ist mit den fort-

historischen Ereignisse und allgemeinen Zusammenhänge der historischen Entwicklung beeinflusst wird.

Jedes FDJ-Mitglied muß sich darüber im klaren sein, daß es eine Verantwortung für die Zukunft seines Staates sich sehr gründlich mit der Geschichte dieses Staates befassen muß. Wer die Geschichte der

– daß die Arbeiterklasse die führende Kraft in unserer sozialistischen Gesellschaft und Hauptkraft im Kampf für den Frieden und gegen den Imperialismus ist,

– daß die revolutionären Umgestaltungen im Osten Deutschlands ein Ergebnis des weltweiten Kampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus sind,

– daß die Freundschaft zur Sowjetunion für uns Lebensnotwendigkeit und der Antikommunismus oder Antisowjetismus die kardinale Politik des Imperialismus waren und sind,

– daß die Stärkung der sozialistischen DDR der beste Beitrag im Kampf gegen den Imperialismus ist und

– daß dem Sozialismus in ganz Deutschland die Zukunft gehört.

Das Studium der grundlegenden Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung wird alle Mitglieder der FDJ befähigen, aktiv und offensiv gegen die imperialistische Ideologie aufzutreten und auch ihren Verpflichtungen gegenüber



schriftlichsten Überlieferungen der deutschen Geschichte verbunden. Daraus ergibt sich, daß die Herausbildung eines sozialistischen Staatsethos besonders bei der Jugend der DDR entscheidend von der Kenntnis und dem Studium der konkreten

deutschen Arbeiterbewegung gründlich studiert, sich mit den revolutionären Errungenschaften der Arbeiterklasse und den historischen Lehren der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vertraut macht, wird verstehen.

der Jugend der Stadt Leipzig bei der Gestaltung des geistig-kulturellen Lebens in der Stadt Leipzig gesorgt zu werden.

Gerhard Wolschke, Leiter der Propagandakommission der FDJ-Kreisleitung

50 Jahre allgemeine Krise der bürgerlichen Geschichtsschreibung

von Dr. N. Ziegenhagen

Anlaß des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fand in Berlin vom 20. bis 22. September eine bedeutende Veranstaltung von Historikern mehrerer sozialistischer Länder statt. Zu dieser Konferenz hatte die Kommission der Historiker der DDR und der UdSSR, bei der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin eingeladen. Die stark besuchte Konferenz, die unter Vorsitz der Akademikerglieder Prof. Dr. G. D. Antonic und Prof. Dr. G. D. Antonic sowjetischerseits und Prof. Dr. G. D. Antonic deutscherseits tagte, wurde zu einer wissenschaftlichen Begegnung der Beteiligten zu einer produktiven Angelegenheit. Über 100 Teilnehmer als etwa 60 Diskussionsbeiträge wurden auf dieser Konferenz vorgetragen. Die einander bezogene Achtung und Beachtung der Forschungsleistungen wurde ebenso wichtig ist, die völlige Zustimmung in den zur Sprache gekommenen Fragen und Problematiken war ein wesentlicher Ausdruck der Richtigkeit der Geschichtsschreibung der marxistisch-leninistischen Gesellschaftstheorie. Von dieser Konferenz werden deshalb auch bedeutende Beiträge zur weiteren Arbeit der Historikergeneration sein.

Die Auswertung der Konferenz verlangt allerdings auch einige kritische Bemerkungen, die alle Historiker angehen. Diese also die nachfolgenden Bemerkungen in Würdigung darstellen, vielmehr soll dem Autor wichtig erscheinende Punkte herausgehoben werden. Bleibt zu hoffen, daß die nach dem Plenum der Konferenz durch Prof. Dr. G. D. Antonic und Prof. Dr. G. D. Antonic in der Diskussion in drei Arbeitskreisen diskutiert wurde. Die beiden Hauptprobleme waren entsprechend dem Konferenzprogramm die 50 Jahre deutsch-sowjetische Be-

ziehungen – die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Entwicklung der proletarischen Bewegung in Deutschland“ befaßt.

Indessen klang in allen Arbeitskreisabschlüssen der Mangel relativer Zersplitterung bzw. ungenügender Konzentration auf Schwerpunkte durch. – So bleibt das Problem, da ja der Diskussion ein weites Feld überlassen blieb, doch zu einem gewissen Teil eine Frage der Lenkung wissenschaftlicher Arbeit und Diskussion, um eine so groß angelegte Konferenz in jeder Beziehung in ihren Resultaten den Erfordernissen nahekommen zu lassen.

Ist die soeben berührte Frage von mehreren Seiten und mit verschiedenen praktischen Erwägungen unterschiedlich zu beantworten, so gibt es in E. im folgenden Punkt ein absolutes Versäumnis der Veranstalter. Es zeigte sich, und nach den Ausführungen von Prof. Stern und Prof. L. Berthold in der abschließenden Plenarsitzung traf das für alle drei Arbeitskreise zu (nicht nur für den dritten, an dem der Autor teilnahm), daß insgesamt der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Verfälschung der Geschichte ein viel zu geringer Platz eingeräumt worden ist.

Mögllicherweise wurde von der Auffassung ausgegangen, jeder Historiker habe sich zugleich mit den bürgerlichen antimarxistischen und antikommunistischen Ansichten auseinanderzusetzen. Man wird nicht daran zweifeln können, daß eine solche Auseinandersetzung zur Forschungs- und Lehrmethode der Historiker gehört und praktiziert wird. Eine Konferenz in diesem Rahmen sollte aber unbedingt zur Verrückung der Erfordernisse auf diesem Gebiet herausfordern.

50 Jahre Oktoberrevolution sind zugleich 50 Jahre des schärfsten, massiertesten, die Geschichte verteilenden Kampfes der Apologeten der imperialistischen Gesellschaft, sind 50 Jahre allgemeine Krise der bürgerlichen Historiographie.

Sicher bietet die bürgerliche Geschichtsschreibung, wie Prof. Stern in seinem niveauvollen Beitrag auf der Schlussplenarysitzung betonte, keine grundsätzlichen Neuheiten. Doch betonte er ja zugleich die gefährliche Vielfalt der Fälschungen, so daß die ideologische Funktion der Geschichtswissenschaft in dieser Richtung energisch ausgebaut werden muß.

Tatsächlich vielfältig sind die Versuche bürgerlicher Geschichtsschreiber allein zur Trübung der Beziehungen der Sowjetunion zu Deutschland und zu Europa.

Wenn, um nur ein Beispiel zu nennen, Geoffrey Barraclough in der westdeutschen „Historischen Zeitschrift“ 2/1966 eine europafindende Haltung Rußlands 1914 auch in Amerika im 19. Jahrhundert beobachtet will, so besteht doch offensichtlich sein Wunsch nicht darin, Deutschland bzw. Europa dem Zugriff „zweier Plankonmächte“ (S. 280) zu entreißen, sondern einzig und allein darin, das kapitalistische Westeuropa vom Einfluß der sozialistischen Sowjetunion als dem Herz des sozialistischen Lagers zu befreien, die Lösung des kapitalistischen Grundwiderpruchs in Westeuropa aufzuhalten und dieses zugleich dem westdeutschen Machtbereich einzugliedern.

Hier wird allerdings nicht so vordergründig eine Gesetzmäßigkeit im Sinne einer angeblich „historischen“ feindschaftlichen Haltung Rußlands gegenüber Europa verzeichnet und hinterhältig begründet, indem mit einer angeblichen „Rassophobie“ Marx' und Engels' antwortet wird. Ungenau ist, daß spezifischen Gesellschaftscharakter des zaristischen Rußlands werden Marx' und Engels' soziale Kritiken an ihm „an sich“ zur Rassophobie, die ja dazu auch in das 20. Jahrhundert translatiert werden kann, erhoben. Keine so offene antikommunistische Variante, aber sehr gefährlich. Ihr inhaltlicher Ausgangspunkt liegt in der Zeit vor der Oktoberrevolution die Apologetik beginnt mit der Verfälschung der russischen Geschichte.

Lassen wir dieses Beispiel mit der Bemerkung, daß die Behandlung des Verhältnisses von Rußland zu Europa geschichtswissenschaftlich im Jahre 1966 sicher nicht zufällig ist. Seit längerer Zeit steht der Vorschlag der Sowjetunion zur Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz, natürlich ohne die Vereinigten Staaten, im Mittelpunkt des Interesses nicht nur der europäischen Länder. Dieser Vorschlag entspricht haargenau den Friedensbedürfnissen Europas und der Welt. Er ist ein konstruktiver Beitrag zur Bekämpfung der gefährlichen Kriegspolitik der USA und der Bundesrepublik. Wenn also die USA schlechterdings als zu Europa zugehörig nicht hinzufügen ist, dann aber doch wenigstens eine „Theorie“ der angeblich historisch begründeten Feindschaft auch des russischen oder „sowjetischen Reiches“ in Europa, so begründet man ein Europa ohne die Sowjetunion.

Wenn unsere Partei feststellt, daß der Imperialismus nicht stärker, sondern aggressiver geworden ist, so trifft dies zweifellos ebenso auf die bürgerliche Historiographie zu. Die allgemeine Krise des Kapitalismus, die sich in der von bürgerlichen Historikern selbst so bezeichneten „Grundlagenkrise“ oder gar „allgemeinen Krise“ der Geschichtswissenschaft widerspiegelt, ist von verzweifelten Bemühungen um neue Wege in der Geschichtswissenschaft zwecks Rettung des Imperialismus gekennzeichnet. Das Aufwerfen geschichtsphilosophischer und geschichtsmethodischer Fragen zeigt von der Tiefe eben dieser Grundlagenkrise, um diesen Begriff einmal zu benutzen. – Bei Wüstmann, den wir soeben zitierten, wird ähnlich den Bestrebungen zur Identifizierung von Sozialismus und Kapitalismus in der sogenannten Industriegesellschaft durch bürgerliche Ökonomen und Wirtschaftshistoriker, Soziologen und Philosophen, die unter den marxistischen Neuerungen auch „sowjetrussischen“, wie W. meint, Wissenschaftlern zu beobachtende starke Hinwendung zur Soziologie (allerdings in Widerspiegelung der entfalteten sozialistischen Gesellschaftsordnung, so meine ich) als alternative „internationale“ und „interdisziplinäre“ Gegenbewegung zur Grundlagenkrise u. a. in der Geschichtswissenschaft hingestellt.

Um es zusammenfassend zu wiederholen: nicht neu, aber gefährlich! Die Auseinandersetzung mit allen, auch den historischen „Theorien“ des westdeutschen und internationalen Imperialismus verlangt gebieterisch, keine Gelegenheit zu vergeben, diese mit aller Effektivität und theoretischer Schärfe der marxistisch-leninistischen Theorie zu führen.

Das erkannten die Teilnehmer dieser Konferenz. Es müssen nun Schritte zur stärkeren Zusammenarbeit aller Historiker, hierzu gehören die politischen wie die Wirtschaftshistoriker, folgen.

Die vorstehenden Bemerkungen erheben keinen Anspruch auf Abroundung der Gedankengänge oder gar Richtigkeit in allen Einzelaussagen. Allerdings soll der Gedanke der Effektivität nicht nur von Ökonomen, sondern durchaus von Historikern berücksichtigt werden. Er beinhaltet in diesem Falle intensivere Zusammenarbeit, verstärkte theoretische Durchdringung durch Herstellen von geschichtlichen Gesamtzusammenhängen (auch das war ein Mangel vieler Beiträge im 2. Arbeitskreis, wie Prof. Dr. Doerrberg abschließend einschätzte) und Orientierung sowie Disposition der Kräfte auf die wichtigsten Gebiete, zu denen die Auseinandersetzung mit der antikommunistischen, antihistorischen, den Friedensinteressen entgegenstehenden imperialistischen Geschichtsapologetik ohne Frage gehört. Das bedeutende Jubiläum des Roten Oktober muß uns heute in diesem Sinne besondere Verpflichtung sein.

¹ Barraclough schreibt auf S. 280 seines Artikels, den er „Europe, America and Russia in the View of the 19th Century“ überschreibt: „Aber die leidenschaftlichsten Angriffe kamen von gegenüberliegenden Flügel. Kein Schriftsteller der Zeit übertraf Marx' und Engels' in ihren Beschuldigungen Rußlands.“

² vgl. D. Antonic, Theoretische Geschichte, Betrachtungen und Grundlagenkrise der Geschichtswissenschaft, in: Historische Zeitschrift 185/1958.

³ vgl. M. Wüstmann, Die „Annalen“: Grundzüge und Methoden ihrer „neuen Geschichtswissenschaft“, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, 54. Bd. 1/1967, S. 1.

⁴ Unter Hinweis auf „Woprosy istorii“, 3/1954.